

Niedersächsischer Landtag
Abgeordneter Klaus Schneck

Klaus Schneck, MdL

Landtagsabgeordneter für Gifhorn Nord / Wolfsburg

MdL-Büro Klaus Schneck
Mitarbeiter: Jan Schwarz

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

Hannover, 19.12.09

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Die Steuersenkungen von CDU und FDP werden den Landkreis Gifhorn und die Stadt Wolfsburg hart treffen!

Durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ wird Gifhorn ca. 1,6 Millionen Euro verlieren

Am heutigen Freitag hat der Bundesrat mit den Stimmen der Schwarz-Gelben Landesregierungen dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung zugestimmt. Auch der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff hat den Beschluss mitgetragen. Alleine für den Landkreis Gifhorn bedeutet dies Einnahmeausfälle von ca. 1,6 Millionen Euro und für die Stadt Wolfsburg ca. 1,1 Millionen Euro. „Dabei ist allen klar, dass dieses Gesetz das Land und seine Kommunen hart treffen wird. Die ohnehin schon angespannte Haushaltslage wird in unverantwortlicher Art und Weise noch weiter verschärft. Die Steuergeschenke der CDU und FDP Bundesregierung kommen die öffentliche Haushalte teuer zu stehen und müssen durchweg über zusätzliche Schulden finanziert werden“, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Schneck.

„Die öffentlichen Haushalte 2010, 2011 und der Folgejahre sind ohnehin geprägt durch wegbrechende Steuereinnahmen und steigende Transferleistungen in Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Der zusätzliche Verlust von hunderten von Millionen Euro bedeutet für das Land und Kommunen erhebliche zusätzliche Einschränkungen in der politischen Handlungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit. Das nimmt Wulff billigend in Kauf. Die Landesregierung verstößt mit der Zustimmung zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ im Bundesrat gegen die Interessen des Landes und seiner Kommunen. Wulff wertet damit Koalitionsräson höher als niedersächsisches Landesinteresse“, so Schneck weiter.

„Die These von der sich durch Wirtschaftswachstum selbst finanzierenden Steuer-senkung auf Pump, die die Bundesregierung und die sie stützenden Landesregie-rungen vertreten, ist ein Märchen - ein teures Märchen, für das Länder und Kom-munen bluten müssen“, sagte Schneck. Die versprochene Steuerentlastung der Bürger werde durch Gebührenerhöhungen auf kommunaler Ebene aufgeessen. „Wie auf einer Galeere sonnt sich die Bundesregierung an Deck im Lichte ihrer vermeintlichen Steuerwohltaten, unter Deck müssen die Kommunen rudern und knechten. Und an der Trommel steht Ministerpräsident Wulff, der die Kommandos von oben widerspruchslos ausführt“, zeichnete Schneck ein Bild.

Mit dem Gesetzentwurf hat die Bundesregierung in einer Modellrechnung die Folgewirkungen auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden vorgelegt. Dieses Rechenwerk ist in dem am Donnerstag, den 17. Dezember 2009, verabschiedeten Landeshaushalt für Niedersachsen verarbeitet worden. Wegen der komplizierten Zusammenhänge von originären Einnahmeverlusten und Kompensationszahlungen ist die Darstellung der negativen Auswirkungen der Steuerausfälle auf die einzelne Kommune in Niedersachsen schwierig. „So versu-chen CDU und FDP die katastrophalen Auswirkungen für die Kommunen zu ver-schleiern. Klar ist aber, dass das Land in den nächsten vier Jahren 735 Millionen Euro und die Niedersächsischen Kommunen weitere 512 Millionen Euro verlieren werden“, so Schneck.